

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
Tagblatthaus.

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7465.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Gerne:

Tagblatt-Nr. 6658-33.

Von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntags
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7465.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 1.40 monatlich, M. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frachtgebühren. M. 3.35 vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, aus- schließlich Postgebühren. — **Bezugs-Verhältnisse** nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Bismarckring 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Wiesbaden die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Orten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Verleger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Hg. für deutsche Anzeigen; 35 Hg. für ausländische Anzeigen; 1.25 M. für deutsche Reklamen; 2.50 M. für auswärtige Reklamen. 20% Treuhand-Gebühr. — **Bei wiederholter Aufnahme** ununterbrochener Anzeigen entsprechende Ermäßigung. — **Anzeigen-Aufnahme:** für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Lühnow 6202 und 6203.

Dienstag, 19. November 1918.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 541. • 66. Jahrgang.

An die bürgerlichen Parteien!

Von einem Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates erhalten wir folgende Zuschrift:

8 Tage Herab! 8 Tage Herab! Es wäre ein großes Wagnis, nach dieser kurzen Zeit sich schon ein Urteil zu bilden, wie unsere neue Staatsordnung in der Zukunft aussehen wird. Es ist auch eine Zeitverwahrung, diese Frage jetzt aufzurollen. Allen Problemen tritt die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung voran. Immer noch ringen die Leiter der neuen Ordnung mit den niederen Elementen im Volke, welche die Gelegenheit für gekommen erachten, durch Raub und Plünderung sich zu bereichern.

Die neue Ordnung, die dem körperlichen und geistigen Verfall der deutschen Völker als einziger und sicherster Damm entgegengekehrt werden konnte, heißt „Sozialismus“. Dieser Sozialismus trägt mit als Hauptforderung: „Gleichberechtigung aller Staatsbürger auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“. Bei welchem Staatsbürger kann da nach Unzufriedenheit aufkommen? — höchstens bei denjenigen, die bisher als die Bevorzugten galten. Diese müssen sich aber dem Willen der Mehrheit des Volkes fügen.

Nun ruft die Redaktion des „Wiesbadener Tagblatts“ in ihrem Leitartikel vom Freitagabend zum Parteihader auf. Die bürgerlichen Parteien sollen mit allem Nachdruck ihre Tätigkeit entfalten. Die Gründung von Bürgervereinigungen, die Schaffung einer Bürgerwehr wird ins Auge gefaßt. Glaubt die Redaktion des „Wiesbadener Tagblatts“ wirklich mit diesen Parteinteressen die Interessen des Bürgertums zu vertreten? Und wollen die bürgerlichen Parteien die Verantwortung übernehmen für die daraus resultierenden Unruhen?

Nach gehen die Bogen der Umwälzung sehr hoch — und es bedarf der größten Nervenanspannung der derzeitigen Leiter der Bewegung, die Fäden für Ordnung und Ruhe in der Hand zu halten. Was ist in erster Linie bei dieser Umwälzung in Gefahr? Das Privateigentum! — das Leben des einzelnen erst nachfolgend. Nun ist die Bewegung bis heute ohne Rücksicht auf das Privateigentum durchgeführt worden. Nun soll, nach dem „Wiesbadener Tagblatt“, der Parteihader dazwischenkommen.

Die organisatorisch geschulten Kräfte der Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien haben die Bewegung ordnungsmäßig geleitet und werden sie auch wieder in ruhigeren Bahnen zu leiten wissen.

Was die Schaffung einer Bürgerwehr betrifft, wäre zu bemerken, daß ein „Partei-Durchmarsch“ in dieser, für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit schädlich wirken würde. Für Ordnung, persönlichen Schutz und Schutz des Privateigentums ist gesorgt. Was soll noch der Parteihader um die Bürgerwehr?

Die Schaffung und Gestaltung der Bürgerwehr bleibt am besten den Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien überlassen. Sie bieten allein durch jahrzehntelange Schule auf der Grundlage unserer neuen Ordnung die Garantie für positive Arbeit.

Die bürgerlichen Parteien, als die besten Stützen des alten Regimes, stellen in unserer neuen Ordnung noch keine Autorität dar — sie müssen sich ja erst zu dem entwickeln, was sie uns erst gestern versprochen haben. Die Frage muß es erst beweisen, ob sie auch die Interessen des gesamten Volkes ihren Parteinteressen voranzustellen. Interessengruppen bleiben ja bestehen, müssen aber auf angemessigem Wege aus der Welt geschafft werden. Die Interessengruppen innerhalb der Bürgerwehr könnten aber zu schweren Komplikationen führen. Deshalb muß sich die Bürgerwehr unbedingt aus diesen Reihen rekrutieren, die schon den Beweis erbracht haben, daß sie in der kritischsten Stunde unseres Volkes die Fäden für Ruhe und Ordnung fest in der Hand zu halten wußten.

Die Stunde des Parteihaders ist noch nicht da — sie muß im Interesse des gesamten Volkes noch lange fern bleiben —, aber zusammenstehen müssen wir alle ohne Ausnahme auf der Grundbasis „Freiheit und Gleichheit für alle Staatsbürger“. Auf dieser Grundbasis wird sich auch die spätere Zusammenfassung der Nationalversammlung oder „Konstituante“ aufbauen.

In der jetzigen Stunde den Parteihader nachzurufen, würde auf den Schutz des Privateigentums schädlich wirken und Unordnung in weitestem Maße hervorrufen. Wohl ist jeter Rührer aus allen Volksteilen erwünscht, aber ja nicht in Gestalt von Parteien den jetzigen Leitern der Ordnung in die Arme fallen.

H. Rippel, Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates.

Wir haben diese Zuschrift ohne jegliche Änderung wiedergegeben, um einen Einblick in die Gedankenwelt im A. und S. zu geben. Der Grundirrtum des Verfassers ist, daß wir in unserer Aufsicht: „Eine national-demokratische Partei“ in der Freitag-Abendausgabe im Sinne neuen „Partei-haders“ und geäußert hätten. Wir denken nicht daran, wenn wir die bürgerlichen Parteien zum Zusammenschluß auf demokratischer Grundlage aufforderten, so geschah das mit der ausdrücklichen Betonung: wir wollen nicht gegen die Arbeiter- und Soldatenräte arbeiten, sondern mit ihnen zusammenarbeiten. Nicht im Sinne einer Gegenrevolution, die nicht ohne Bürgerkrieg möglich wäre, sind alle diese Bestrebungen nach Zusammenfassung der bürgerlichen Parteien aufzufassen, sondern als Beweis der Tatsache, daß wir uns mit der schon am Montag vorher (siehe oben) mit der geschehenen Umwälzung abfinden und auf dem Boden des neuen republikanischen Deutschland bei seinem Ausbau für das

Bürgerrecht den ihm zukommenden Platz der Gleichberechtigung beanspruchen. So viel für heute. Es wird darüber noch mehr zu sagen sein.

Der neue demokratische Volksbund.

W. T.-B. Berlin, 18. Nov. (Drahtbericht.) In Berlin vereinigte sich eine größere Anzahl Männer und Frauen verschiedener Berufe und errichtete den demokratischen Volksbund. Zur Versammlung hatten eingeladen: Prof. Karl Becker, Graf Bernstorff, v. Dorsig, Prof. Albert Einstein, Prof. Emil Fischer, Konrad Hantisch, Prof. Friedrich Meißner, D. Kaumann, Walter Rathenau, Prof. C. L. Schleich, H. von Siemens, Adam Stegerwald, Prof. Ernst Troeltsch, Prof. Albert Weiser. Der demokratische Volksbund will alle diejenigen sammeln, die den Wandel der Zeit anerkennen, an einer Neuordnung auf demokratischer Grundlage mitarbeiten wollen und die unerbittliche Einberufung einer Nationalversammlung fordern. Das Parteibureau befindet sich Berlin W. 92, Kurfürstenstraße 107. Fernruf 1279 und 7680. Es wird gegen sämtliche Zuschriften dorthin zu richten.

Die Abneigung der Entente gegen Bolschewikerei.

W. T.-B. Stockholm, 16. Nov. (Drahtbericht.) Die schwedische Presse unterstreicht die Tatsache, daß die Entente mit der Bolschewiki-Regierung in Deutschland keinen Frieden schließen und keine Beziehungen unterhalten wolle. Es schreibt „Dagens Nyheter“: Der Präsident hat in seiner Botschaft an den Kongress am Dienstag deutlich zu verstehen gegeben, daß die Alliierten nicht die Unterzeichnung von Bolschewik-Diktatoren bei dem Friedensvertrag anerkennen. Nach dem Frieden wird Deutschland so abhängig vom Import an Rohmaterial aus den Ländern der Alliierten in Bezug auf seinen Außenhandel sein, daß nicht viel Scherzraum nötig ist, um zu begreifen, daß die Anarchie nationaler Selbstmord bedeuten würde.

Oberst House über die deutsche Revolution.

W. T.-B. Berlin, 18. Nov. (Drahtbericht.) Nach einem Telegramm des „A. L.“ aus Jülich hat Oberst House Vertreter gegenüber seine Befriedigung über den Weg, der der deutschen Revolution einzuschlagen scheint. Die Alliierten hätten nicht die Absicht, gegen Deutschland vorzugehen, sie wollten vielmehr mit Deutschland zusammenarbeiten. Mit einem Deutschland, das unter irgend einer Diktatur stehe, sei es eine militärische oder revolutionäre, könnten die Alliierten nicht verhandeln. Wilson werde einer revolutionären Diktatur gegenüber den gleichen Standpunkt einnehmen, den er der Diktatur der Hohenzollern gegenüber eingenommen habe: „Der Gewalt kein Frieden und kein Gruß“. Die Gefahr eines terroristischen Regimes in Deutschland sei glücklicherweise geschwunden. Deutschland habe auch bereits fühlen können, was von diesem Zeitpunkt an von den Vereinigten Staaten sowie von den Alliierten in Verhandlungen der Waffenstillstandsbedingungen in weitestgehender Weise erreicht sei.

Norwegische Lebensmittelhilfe für Deutschland.

W. T.-B. Christiania, 18. Nov. (Drahtbericht.) Das Regierungsbüro „Anteilsgesellschaft“ schreibt zu der gestern gemeldeten Aufforderung der norwegischen Arbeiterparteileitung an die norwegische Regierung, der leidenden deutschen Bevölkerung norwegische Lebensmittel zu senden. Dieser Aufforderung hätte es gar nicht bedurft, da die norwegische Regierung sofort initiativ Schritte bei den Entente-Regierungen unternommen hat, um von diesen die erforderliche Zustimmung zu der bisher vertraglich ausgeschlossenen Ausfuhr von norwegischen Fischwaren über ein gewisses Quantum hinaus zu erlangen. Es bestand auch heute Aussicht, daß sehr bedeutende Mengen norwegischer Fische bald nach Deutschland geschickt werden können. Die norwegische Regierung traf alle nötigen Vorkehrungen, um die bereitgestellten Ladungen sofort zu verschicken, sobald die zu erwartende Zustimmung der Entente-Regierungen vorläge.

Angebote der Sowjetregierung.

Br. Berlin, 18. Nov. (Drahtbericht.) Die „Deutsch-polnische parlamentarische Nachrichten“ melden: Das Zentralkomitee der Sowjetrepublik hat am 13. November beschlossen, den Bräutigam Frieden und die Zusatzverträge zu annullieren. Bekanntlich hat Deutschland bereits der Entente gegenüber in den Waffenstillstandsbedingungen auf diese Verträge verzichtet. Das Zentralkomitee hat zugleich die neue Regierung der Mittelmächte ersucht, einen neuen Frieden auf brüderlicher Grundlage zu schließen und eine Vereinigung aller Länder Mittel- und Osteuropas auf bolschewistischer Grundlage in die Wege zu leiten. Die Sowjetregierung schloß also einen Völkervertrag gegen die Entente vor. Aber andererseits hat man in Berlin unbedingt zuverlässige Nachrichten darüber, daß hervorragende und beglaubigte Vertreter der russischen Reichsregierung in der Entente die Abkündigung der Waffenstillstandsbedingungen angeboten haben, wenn diese ihnen Annäherung gewährt. Auf das Angebot der russischen Regierung, sofort einen neuen Frieden an Stelle der annullierten Verträge zu schließen, kann Deutschland gegenwärtig ebenfalls nicht eingehen, weil es auf die Entente Rücksicht nehmen muß. Die Sowjetregierung hat der neuen deutschen Volksrepublik Getreideleistungen angeboten und auch bereits zwei Flüge mit Weizen abgehen lassen. Die Sowjetregierung erklärt, daß sie Deutschland dauernd mit reichlichen Getreidevorräten, besonders des Anbaugesbietes, ausstatten

könnte. In dem guten Willen der Sowjetregierung wird hier an zuständiger Stelle nicht gezweifelt, allein es scheint doch fraglich, ob die tatsächliche Versorgungsgewalt über dieses Getreide hat, weil ja gerade im Anbaugesbiet mit Unterstützung der Krenwilligenarmee die neue russische Regierung geistert hat. Die deutsche Regierung hat daher das Angebot der Sowjetregierung mit Dank abgelehnt.

Abmarsch der deutschen Truppen aus dem Generalgouvernement Warschau.

Br. Berlin, 18. Nov. (Drahtbericht.) Der Abmarsch der deutschen Truppen aus dem Generalgouvernement Warschau geht, wie die „Post“ hört, planmäßig von statten. Freilich werden die Truppen im Generalgouvernement fast ohne Ausnahme, teilweise aber auch in Ostpolen oder Lissa von deutsch-polnischen Truppen entlassen. Mehrere höhere Militärs, die in der letzten Nacht aus Warschau zurückgekehrt sind, schildern die dortige Bewegung als eine solche rein national-demokratischen Charakters, der jeder bolschewistische Gedanke fern liegt. Die Bewegung wird von Wladimir geführt, der Anordnungen getroffen hat, das Privateigentum der abziehenden Deutschen in jeder Beziehung zu schützen. Dagegen wird vor allem durch polnische Studenten weitgehende Beschlagnahme des deutschen fiskalischen Eigentums vorgenommen. In einer solchen Maßnahme halten sich die Polen für berechtigt, weil sie für deutsche Requisitionen an das Reich Gegenleistungen zu haben glauben. Um eine solche gegenseitige Aufrechnung zu ermöglichen, werden für die jetzt von den Polen vorgenommenen Requisitionen gleichfalls Scheine ausgestellt. Die Offiziere erklären weiter, daß in den preußischen, von Polen bewohnten Gebieten vollkommene Ruhe herrsche. Auch in der Stadt Posen gehe alles seinen geordneten Gang.

Deutsche Truppen auf dem Wege nach dem Osten.

Br. Berlin, 18. Nov. (Drahtbericht.) Wie der „A. L.“ aus maßgebender Quelle erfährt, sind geschlossene Formationen deutscher Truppen nach dem Osten unterwegs.

Der Kampf um Lemberg.

Br. Berlin, 18. Nov. (Drahtbericht.) Seit 10 Tagen hört man den Donner der Kanonen und das Knattern der Maschinengewehre. Die polnischen Legionäre kämpfen aus ihren Stellungen gegen die Ukrainer, die an Zahl überlegen sind. Die Kanonendonner tönen abwechselnd angetrichelt. Die Zahl der Toten wächst mit jeder Stunde. Tagüber werden zahlreiche Schwerverwundete in die Spitäler geschafft. Aus Ossipow werden Rufe von Selbstmord gemeldet.

Eine Rundgebung des polnischen Nationalrats.

W. T.-B. Lemberg, 18. Nov. (Drahtbericht.) Zu den im „A. L.“ am 16. November unter der Überschrift „Polnische Offiziere in Lemberg“ gedruckten Nachrichten gibt der polnische Nationalrat folgende Erklärung ab: In Lemberg sind keine polnischen Offiziere erschienen, die sich am Freitag irgend jemanden an die Staatsverwaltung oder an den Kommandanten von Lemberg gewandt hätten. Die Angaben, daß polnische Legionäre den Versuch machen würden, schon in den nächsten Tagen in Lemberg einzumarschieren, ist ebenfalls falsch und unbegründet. In dieser Hinsicht bitten wir uns auf die ausdrücklichen Erklärungen des Oberbefehlshabers der polnischen Streitkräfte, daß er durchaus nicht gedenke, irgend welche Streiftätigkeiten zu unternehmen. Diese Erklärung hat der Oberbefehlshaber in einer Unterredung mit dem Abgeordneten Dr. Szuda abgegeben, der uns den Inhalt der Unterredung persönlich am 16. November mitgeteilt hat. Die Annahme, daß die Polen die Friedenskonferenz vor eine veränderte Tatsache stellen wollen, ist ebenfalls vollständig unbegründet. Das beweist die freiwillige Erklärung der jetzigen höchsten polnischen Behörden des Obersten Volksrats in dem Aufruf an die Polen am 14. November, wo gesagt wird: Mit Vertrauen erwarten wir den Spruch des Friedenskongresses, der mit unserer Beteiligung die Westgrenze unseres Vaterlandes festsetzen wird. Unter diesen Umständen sind die öffentlichen alarmierenden Nachrichten vollständig unbegründet. Am Schluß der Erklärung heißt es noch, daß in Lemberg alles im engsten Einvernehmen mit den Behörden, Soldaten und Arbeiterräten arbeite. Das ist in Lemberg in vollen Maße der Fall. Dieser wünschenswerte Zustand wird weiter bestehen, wenn der Friede durch reaktionäre und chauvinistische Provokationen nicht gefährdet wird.

Die Durchführung des Waffenstillstandes zur See.

W. T.-B. London, 18. Nov. (Drahtbericht.) Neuer erfährt, daß der Seebefehlshaber der deutschen Republik Admiral Reuter und sein Stab an Bord des Flaggschiffes des Admirals Beatty „Lucan Elisabeth“ am Freitagabend empfangen wurde. Der leichte Kreuzer mit Admiral Reuter und den Delegierten kam am Freitagnachmittag auf dem auf drahtlosem Weg vereinbarten Treffpunkt auf See ein und wurde zum North Foreland eskortiert. Hier wartete ein Vertreter der Admiral Reuter und seinen Stab zu der „Lucan Elisabeth“ brachte. Admiral Reuter wurde an Bord von Kommandeur Brand empfangen und zur Kabine Beatty geleitet, wo die Konferenz am Samstag aufgenommen und heute beendet wurde. Der Stab des Admirals Reuter befand sich der Kommandant der „Pobedine“ und der Kommandant der „Boote“. Die bürgerlichen Delegierten blieben an Bord des Kreuzers „Königsberg“.

Der Einzug der Entente-Truppen in Meh.

Meh, 18. Nov. (Drahtbericht.) Der Einzug des Gros der Besatzungstruppen der Entente in Meh mit General Magnin an der Spitze von zwei Divisionen wird morgen mittags erfolgen. Die gestern und heute hier eingetroffenen Vortruppen wurden in den Straßen von einer dichtgedrängten Menschenmenge, die fast durchweg französische Abzeichen trug, feierlich begrüßt und mit Vive la France-Rufen empfangen. Mehrere deutsche Denkmäler, darunter das Reiterstandbild Kaiser Wilhelms I. und das Standbild des Prinzen Friedrich Karl, wurden in der letzten Nacht von ihren Sockeln heruntergerissen. Auf dem Dom weht die Tricolore. Der Zugverkehr ist vorläufig eingestellt.

Deutsches Reich.**Neue Löhnungsvorschriften.**

W. T. B. Berlin, 18. Nov. (Drahtbericht.) Verordnung: 1. Mannschaften, die dauernd Arbeitsdienst leisten, sind zu entlassen. Werden sie weiter beschäftigt, so sind sie freie Zivilarbeiter und sind auch als solche zu behandeln. 2. Mannschaften, die vorübergehend zu Arbeitsleistungen oder sonstigen zivilen Arbeiten herangezogen werden, erhalten für jede Stunde 50 Pfennig Zulage. 3. Mannschaften, die sich freiwillig zu besonderem Sicherheitsdienst über ihren Entlassungstag hinaus mit 10tägiger Kündigungsfrist verpflichten, können für einen Dienst angenommen und kommandiert werden. Sie erhalten eine monatliche Löhnung von 30 M. und erhalten eine tägliche Zulage von 5 M. für Führer und 3 M. für Mann. 4. Mannschaften beziehen, so lang sie mobil sind, mobile Löhnung, soweit sie immobil sind, immobiler Löhnung, jedoch Gefreite und Mannschaften monatlich 30 M. Der Rat der Volksbeauftragten, Ebert, Saebe, Scheidemann, Landberg, Barth. Der Vollzug der Ausführung des Arbeiter- und Soldatenrats: Rosenbuh, Richard Müller.

Rundgebung für den Anschluß Deutsch-Osterreichs

W. T. B. Berlin, 18. Nov. (Drahtbericht.) Heute nachmittag fand eine Massenversammlung für den Anschluß Deutsch-Osterreichs statt. Zu Beginn der Versammlung gelangte eine Begrüßung der Berliner Universität zur Verlesung, die mit einem Gruß an die deutsch-österreichischen Universitäten den Wunsch nach einer gemeinsamen konstituierenden Versammlung ausdrückte. In diesem Sinn wurden auch eine Anzahl von Ansprachen gehalten. Als deutscher Sozialist, aber nicht im offiziellen Auftrag, begrüßte der Leiter des preussischen Unterrichtsministeriums Konrad Dänisch diese Bestrebungen, die im Sinn Behels und Liebknechts auf die Errichtung der proletarischen Republik gerichtet waren.

Das neue Kultusministerium.

Berlin, 18. Nov. Die „Voss. Ztg.“ schreibt: Unser pädagogischer Mitarbeiter hatte gestern eine Besprechung mit Konrad Dänisch, der erklärte, die Zusammensetzung des Kultusministeriums sei so erfolgt, daß er und Adolf Hoffmann mit gleichen Rechten eingesetzt seien. Das Kultusministerium solle zu einem wirklichen Kultusministerium umgewandelt werden, und zwar mit Unterstützung der gesamten Intelligenz des Landes, wobei die politische Schattierung nicht in Frage komme.

Ein deutscher Gesandter in Polen.

Dr. Berlin, 18. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Die deutsche Regierung beschloß, wie der „Freiheit“ von gut unterrichteter Stelle mitgeteilt wird, einen deutschen Gesandten in Warschau zu ernennen. Vermutlich dürfte als erster deutscher Gesandter Graf Kessel nach Warschau geschickt werden, der früher der Gesandtschaft in Bern angehörte und schon seit längerer Zeit wegen seiner demokratisch-republikanischen Gesinnung bekannt war.

Großadmiral v. Tirpitz in die Schweiz geflüchtet.

Dr. Berlin, 18. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Der frühere Großadmiral v. Tirpitz der wenige Tage vor Ausbruch der Revolution in aller Eile von Berlin abreiste, ist in der Schweiz angekommen.

Das neue Deutsche Postrecht, enthaltend Postordnung für das Deutsche Reich vom 28. Juli 1917 mit erläuternden Anmerkungen, sowie Gesetz über das Postwesen des Deutschen Reiches vom 28. Oktober 1917 nebst der Postnovelle vom 22. Dezember 1918, erläutert durch die Rechtsprechung bis in die jüngste Zeit, ist soeben im Verlag von E. Pöhl u. Linke, Berlin C. 2, erschienen. Die Ausgabe ist mit einem ausführlichen Sachregister und einem Tabellenanhang über das Postgebührenwesen versehen.

(Schluß.)

Radrennen verboten.

Timm Oppermanns Leben.

Novelle von Marie Garber.

Eine Woche schon war Timm Oppermann allein zum Gut gegangen, und als er seinen Lohn fortlegte, fehlte ihm Annes Verdienst; dazu war die alte Wiebke Seld wieder im Hause, und auch sie forderte ihren Lohn. Da ging er in die Schlafkammer zu Anne.

„Du mußt nu aber bald machen, daß du an die Arbeit kommst, Frau! Bleibst nun schon ganze sieben Tage.“ Anne stieg das Blut in die Wangen.

„Es dauert auch nicht mehr lange“, sagte sie dann matt. „Über dränge nicht, denn was ich kann, das tu ich, faulenschen tu ich nicht.“

Als dann noch eine Woche verging, meinte Anne, neue Kräfte zu fühlen, doch aufstehen konnte sie noch nicht. Da wurde Timm Oppermann groß, redete von Faulheit und Nichttun, und als er am Abend kam, war Anne aufgestanden. Und wenn ihr auch die Glieder wie zerhackt waren, sie ließ es sich nicht anmerken und schickte auch die alte Wiebke Seld fort, sie brauche nicht wieder zu kommen.

„Da fehlt morgen eine zu binden“, sagte Timm wie beiläufig. „Ach meine, du könntest man mitgeb'n.“ Unsicher und ängstlich sah Anne ihn an.

„O, Timm, sollt' ich das könn'n? Mein Kopf ist mir so dumm, so schwindlig. Und beim Binden soll es immer tüchtig schmerzen.“

„Weß' man jetzt gleich zu Bett und schlaf' aus, dann geh's auch. Weil's so heiß ist, haben wir jetzt eine halbe Stunde Mittag's, dann ist's nicht so schlimm.“

Und Anne widerredete nicht mehr und ging zu Bett, wenn der Schlaf auch nicht kommen wollte. Und am nächsten Tage in der Frühe ging sie neben Timm zur gewohnten Arbeitsstätte, doch mußte er von einigem langsamer gehen, sollte Anne nicht zurückbleiben.

Einige Tage hatte es geregnet, nun war nur noch

Wiesbadener Nachrichten.**Aufruf!**

Unsern braven Truppen, die nach vierjährigem schweren Kampf in die Heimat zurückkehren, einen feierlichen Empfang mit einer angemessenen Bewirtung zu bereiten, ist eine Sorge, in der sich sicher die gesamte Bürgerschaft Wiesbadens mit dem Arbeiter- und Soldatenrat vereinen wird. Um die erforderlichen Geldmittel herbeizuschaffen, ist die Bildung eines Ausschusses beabsichtigt. Damen und Herren, die geneigt sind, diesem Ausschuss beizutreten, werden gebeten, sich beim Garnisonkommando, Kranienstraße 5, eine Treppe, Zimmer 6, einzutragen.

Geldspenden wolle man der Deutschen Bank, Zweigstelle Wiesbaden, zuführen. Bitte tut's!

Wiesbaden, den 18. November 1918.

Arbeiter- und Soldatenrat.

Der Stadtkommandant: Schlitt, Leutnant.

— **Berufung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte.** An der auf morgen Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, in das Schloß hier einberufenen Versammlung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte wird der Unterstaatssekretär wegen der bestehenden Verhältnisse nicht teilnehmen. Für die dortigen Räte findet eine besondere Versammlung innerhalb des Kreises statt.

— **Handwerkskammer.** In der letzten Vorstandssitzung wurde u. a. von der inzwischen erfolgten Bildung eines Ausschusses für Bäder Kenntnis gegeben. — Einem Antrag, betreffend die Ausdehnung der bevorstehenden Amnestie auf alle Gefangenen, insbesondere auf dem Gebiet der Volksernährung, so weit sie nicht auf niedriger Gefinnung beruhen, trat das Kollegium bei. — Es wird beabsichtigt, in Limburg für die Kreise der Lohn- und des Westwalds ein Handwerkerausschuss nach dem Vorbild des in Wiesbaden bestehenden zu errichten. Unter der Voraussetzung, daß die Einrichtung wie auch in Wiesbaden gemeinsam durch Innungsausschuss, Gewerbeverein für Rastau und Kammer geschieht, wurde dem Plan die Genehmigung erteilt. — An den Fortbildungs- und Fachführungslehren des Gewerbevereins für Rastau wird die Kammer sich beteiligen. — Zur Deckung der Kosten, welche durch die Meisterprüfungen deutscher Internierter in der Schweiz veranlaßt worden sind (rund 11 690 M.) wurde ein Betrag von 150 M. bewilligt. — Einem Kriegsbeschädigten wurde eine herabgesetzte Lehrgangszugelassen.

— **Angestelltenforderungen.** Der Zentralausschuss der Angestelltenvereine, dessen Rastau hat folgende Entscheidung gefaßt: „Wir stellen uns voll und ganz auf den Boden der sozialen Revolution. Wir erwarten von den Arbeitnehmern, daß sie uns gleiche Rechte wie den Arbeitern gewähren. Insbesondere hoffen wir, daß die Unternehmer die neue Situation erkennen und die in diesen Tagen auf unsere Veranlassung durch die Angestelltenvereine überreichten Gehaltsforderungen, die im ganzen auf der Basis der den Arbeitnehmern gewährten Einkommenssteigerungen stehen, ohne weiteres annehmen, damit die Existenzmöglichkeit der Angestellten gesichert ist.“

— **Klammationen von Marineangehörigen.** Das Reichsmarineamt teilt mit, daß namentlich Klammationen von Marineangehörigen entpöden werden kann, so weit die noch zu leistenden militärischen Aufgaben es gestatten. Den Arbeitgebern wird daher empfohlen, solche Klammationen unmittelbar an die Marineleitung einzurichten. Die Verwendung von besonderen Sortenformularen, wie sie bisher in Aussicht genommen war, ist fallen gelassen worden. Ein besonderes Muster ist nicht mehr vorgeschrieben.

— **Die Wettermacher prophezeien einen langen und strengen Winter.** Eine reiche Eis- und Schneedecke läßt nach einer alten Bauernregel strengen Winter erwarten. Falls das Land zeitig von den Bäumen, so ist ein schöner Herbst und ein gelinder Winter zu erwarten; bleibt es aber bis in den November hinein feig, wie in diesem Jahr, so steht ein langer Winter bevor. Wenn Mittel und Gabel (ein der Kapsel sehr ähnliches Unkraut) häufig in der Getreidepflanze vorkommt, so pflegt das einen strengen Winter anzudeuten. Man will auch die Beobachtung gemacht haben, daß nach reichem Dopfenernte jedesmal ein strenger Winter und ein reiches Kornjahr gekommen ist. Wenn Vögel und Weiden ihr Laub als im Winter lange grün behalten, während sie es zuunterst früh fallen lassen, so soll das auf zeitigen Winter und gutes Frühjahr deuten. Ein harter Winter steht bevor, wenn die Ameisen ihre Anordnungen mit besonders starken Schutzdecken versehen und die Bienen alle Jungen und Rigen ihrer Bohnungen mit Holz gut verkleben.

ein Feld Roggen einzubringen und das mußte eilig getan werden, denn Gewitter lag an drei Seiten und konnte Abkühlung und anhaltenden Regen bringen. Kräftig schlugen die Senen der Knechte und Arbeiter in die Palme, die unter geschickten Frauenhänden schnell zu Garben und Soden wurden. Man dachte schon an das nahe Erntefest, nur Timm und Anne nicht. Die bleiche, schwache Anne, vergeblich mühte sie sich, mit den anderen Bänderinnen Schritt zu halten, eine knappe Viertelsstunde nur gelang es ihr. Dann blieb sie langsam mehr und mehr zurück. Gleich glühenden Tränen fühlte sie die Sonnenstrahlen auf Kopf und Nacken brennen und wild und unbändig hämmerte das Blut in ihren Adern. Sie mußte stehen bleiben und aufblicken, um nicht zu ersticken, denn der Atem wollte aussetzen. Und sie sah alle weit voraus und plötzlich war in einem Nebel verschwunden. Sie griff und griff ins Leere und fiel, den Salmen aleich, in diese hinein und regte sich nicht ein wenig mehr.

Als man sie in ihre Bohnung trug, war noch Leben in ihr, wenn auch ein verlassender Hauch nur, doch ehe die Sonne noch am Mittag stand, war sie tot und lag eine halbe Woche später neben ihrem Kinde, das zu ihr gehörte und das sie geliebt hatte.

„Als ob ihn was treibt“, saßen die Reisirchner, wenn sie Timm Oppermann arbeiten sahen, wie er rüstlos schaffte, daß ihm der Schweiß in schmalen Bächen über das erhitzte Gesicht lief.

„Bleibst du dein Gewissen“, meinten die, welche da wußten, daß er der armen Toten kein treuer Freund gewesen war. Sie meinten viel, die Reisirchner, aber sie wußten wenig und erstarrte nicht, wie es in Timm aufsaß, wie sein Allerinnerstes zertrüßte war von ihm selbst, von seinem Geiz und Menschenhaß.

Annes Tod hatte seine Lebensweise nur insofern verändert, als Wiebke Seld, die bald Siebzahnjährige, wieder das Notwendigste verrichtete, sonst ging er seine alten Wege. Nur sein Haar war schnell weiß geworden und seine Kräfte blieben nicht dieselben. Und doch tat er nach

— **Anmeldung beim Bezirkskommando.** Anmeldungen bei dem Bezirkskommando, Vertriebsstraße 8, können des karten Andrangs wegen nur von 8½ bis 12 Uhr vorm. und von 3 bis 6 Uhr nachm. angenommen werden.

— **Vorläufiges Jagdverbot.** Das Verbot des Tragens von Waffen auf der Straße tritt: sich auch auf Jagdgewehre aller Art. Um die Jäger vor Unannehmlichkeiten zu bewahren, ist ein vorläufiges Verbot für jede Ausübung der Jagd erlassen worden.

— **Portfall der fleischlosen Wochen.** Für die am 18. November beginnende Woche kann die Aufzählung und Herausgabe von Vieh und Fleisch aus technischen Gründen nicht mehr in die Wege geleitet werden. Es muß daher dabei bleiben, daß die Woche vom 18. bis 24. November fleischlos ist. Es wird aber diese Woche die letzte fleischlose Woche sein. Die für Dezember 1918 und Januar 1919 in Aussicht genommenen fleischlosen Wochen werden in Bezug kommen, da zu erwarten ist, daß durch die bevorstehende Demobilisierung die nötigen Viehmengen für die Versorgungsberechtigte Zivilbevölkerung frei werden.

— **Wo bleibt die Butter?** In einem Dörfchen unseres Bezirks habe ich erfahren, daß der Ort wöchentlich 70 Pfund Butter abliefern muß. So geschieht das natürlich in den rund 1000 Orten des Bezirks, und es wird streng darauf gehalten, daß die vorgeschriebene Menge abgeliefert wird. Nun haben wir hier schon seit einigen Wochen keine Butter bekommen. Auch in dieser Woche gibt es nur einige Gramm Margarine. Braucht man zur Verteilung der heimischen Butterportion alle paar Wochen tatsächlich eine so große Ablieferung?

— **Willensschulung der Kriegsbeschädigten.** Man kann ruhig sagen: von der Willensschulung der Kriegsbeschädigten hängt der Erfolg der Kriegsbeschädigtenfürsorge ab. Sie ist entscheidend für die Gewöhnung an das Erbschicksal, ist entscheidend für die Wiederaufnahme der Arbeit und ist nicht in letzter Linie entscheidend für die gesundheitliche Wiederherstellung. Es mag sein, daß die Arbeitsfähigkeit durch den Verlust dieses oder jenes Körperglieds stark beeinträchtigt wird; aber diese Beeinträchtigung ist nicht gleichbedeutend mit völliger Arbeitsunfähigkeit, wie sie so oft folgende Liebe der Angehörigen als gegeben glaubt. Der Kriegsbeschädigte soll und darf nicht auf eine niedrigere Stufe sinken; er wird es nicht, wenn er selbst den Willen fäßt und in nützlicher Arbeit seine Lebensaufgabe sieht; er kann es aber auch nicht, wenn seine engere und weitere Umgebung ihm, schifflich ist beim Wiedereintritt ins Erwerbsleben. Der Invalide als Bettler, Hausierer oder als Leierkastenmann ist eine Erscheinung, die im neuzeitlichen Deutschland nicht aufhören darf. Dies Ziel wird erreicht durch die Erziehung des Willens zur Arbeit, aber auch durch die Erziehung der Allgemeinheit zur Heranholung der Kriegsbeschädigten zur Arbeit.

— **Defanat Wiesbaden.** Pfarrer Dr. Beesenmeyer ist zum Dean des Wiesbadener Stadtbezirks ernannt worden.

— **Schulnachrichten.** Ernannt: Lehrer Edmund Schöbgen in Breidenbach zum Hauptlehrer daselbst, Lehrer Philipp Wittgen in Nordenskiöld zum Hauptlehrer daselbst. — Einmündige Anstellungen: Lehrer Gottfried Limig in Wittelsheim, Lehrer Joseph Böhl in Rastau. — Entlassene Anstellungen: Lehrer Wilhelm Schmidt in Schönbach, Lehrer Philipp Weibacher in Schönbach, Lehrerin Fäbke Wagner zu Dieblich a. Rh., Lehrer Paul Müller in Gröden. — Verlegungen: Lehrer Theodor Müller von Erbach i. L. nach Frankfurt a. M.

— **Kleine Notizen.** Auch in der altkatholischen Kirche findet am Fuß- und Petrus, Mittwoch, den 20. d. M., Gottesdienst, um 10¼ Uhr statt. — Die Firma Jakob Cramer, Schlosserei, Stiftstraße 24, bringt eine Kohlenwaage auf den Markt, welcher sich für Herde, Wästel und Cien eignet. Der Kohlenpart garantiert eine Ertragskraft bis 50 Proz. und erleichtert die Last der Sorgen um die Kohlenbeschaffung.

Aus dem Vereinsleben.

— **Der Kassauische Kunstverein.** Wiesbadener Gesellschaft für bildende Kunst veranstaltet bekanntlich einen Vortragzyklus im kleinen Rathhousaal. Der zweite Vortrag findet Dienstag, abends 8 Uhr, statt; es spricht Prof. Dr. Rudolf Kautz von der Universität Frankfurt über das Thema: „Simpson und Schwäbisch-Dall, zwei deutsche Kunststätten“. Damit wird eine Vortragserie eingeleitet, die sich mit den heimischen, vor dem Auge gegenüber der italienischen nur allzu sehr vernachlässigten Kunststätten befaßt.

— **Am Vortag (Mittwoch)** findet eine geistliche Musikführung des „Evangelischen Kirchengesangsvereins“ statt. Da in der Marktkirche künftige Veränderungen an der Heizungsanlage vorgenommen werden, wird das Konzert in der Marktkirche abgehalten. Dem Tage entsprechend werden drei Orgelwerke beim kleineren Chorwerke (Euland, Friedhof im Walde und Jüngling zu Rastau) und außerdem ein Orgelwerk sowie mehrere Aufst. und Duette (Seyran und Alt) zur Aufführung kommen. Ihre Mitwirkung bei dieser Veranstaltung haben zugesagt die Damen Lind (Seyran) und Schloffer (Alt) und Organist Schaub (Orgel).

der jungen Anne Tod noch fünfundsiebenzig Jahre schwere Gutsarbeit, dann ging es nicht mehr und der Siebzahnjährige zog sich nun völlig in sich selbst zurück. Er hütete seinen Mamon, den er mit seiner Lebensgefährtin, seiner Kraft und ganzen Jugend erkaufte hatte. Aber das wußte er nicht. Außer Wiebke Seld, die auch dem Rücken keine gerade Haltung mehr zu geben vermochte, kam kaum jemand in Timm Oppermanns Haus. Dann kam aber eines Tages ganz unerwartet ein Gast, gerade um Mittag, als Timm am Fenster saß und sich von der Sonne beschämen ließ, um die Zeit der Roggenernte, da Anne Oppermann gegangen war.

Timm erschrak, als er den Gast erkannte und sträubte sich, ihm die Hand zu reichen — es war ja der Tod. An ihn hatte Timm niemals gedacht. Und nun sagte er ihm mit kalten Griffen und ließ nicht los, wie der arme Greis sich auch wehren mochte. Der Angstschweiß perlte auf seiner durchfurchten Stirn und die weißen Rippen formten immer aleiche Worte: „Mein Geld!“ — — — Rebenher tauchte sein ganzes verächtliches Leben an ihm vorüber: seine Kinderjahre, da die Eltern ihn zur Sparfamkeit anhalten hatten, seine Ninasias- und ersten Mannesjahre, da er in lauren Schweiz nur nach dem blanken Geld oestrebte und sonst nichts in der Welt gesehen hatte: seine Ehe und Schuld, und dann das Verhe — so, das war nun da. Sein „Mein Geld“, wie hatte er es lieb, er konnte nicht davon lassen und doch nichts mit sich nehmen.

Timm Oppermann war tot.

Sein Haus, sein Garten, seine Fenne und Fiere, sein Gold und Silber, alles hatte er auf Erden lassen müssen. Mag der Mensch sich die höchsten Erdengüter erinneren, in ein Nichts zerfallen sie, wenn das letzte Scheiden kommt.

„Quell aller Qualen, das ist der Geist
Erst des Gewinns Strohstiel,
Dann des Verzehrens Sorg' und Not,
Zulezt er's nimmt, der dir're Tod.“

— Ende —

weiß, im Rattaze, großer
Flecken-Pouernisch, 10 m
auf erhaltener Treppen-
läufer zu verst. bei Arch.
Goulinische 8. 1.

Waterbury, Conn.

und Töchter.

